

Laut Landespolizei

Drei Unfälle an einem Nachmittag

VADUZ/SCHAAN/BENDERN Zu je einem Verkehrsunfall kam es am Dienstagnachmittag in Vaduz, Schaan und Bendorf, teilte die Landespolizei am Mittwoch mit. Demnach war ein Motorradfahrer gegen 13.15 Uhr auf der Schaanerstrasse in Richtung Süden unterwegs, bog bei der Oberen Rütigasse rechts ab und erschrak wegen eines Lieferwagens, der sich «ungenügend an den rechten Strassenrand hielt». Der Motorradfahrer leitete eine Vollbremsung ein, verlor dadurch die Beherrschung über sein Fahrzeug und kam zu Sturz. Er verletzte sich leicht. Etwas später, gegen 14.50 Uhr, fuhr ein Lieferwagen auf der Fürst-Johannes-Strasse talwärts in westliche Richtung und übersah - laut der Polizei aufgrund mangelnder Aufmerksamkeit - eine Verengung der Strasse. In der Folge kollidierte er mit vier Eisenpfosten. An diesen und am Fahrzeug entstand Sachschaden. Wiederum spä-



Dieser Lieferwagen beschädigte diese Pfosten in Schaan. (Fotos: LPFL)

ter, um 15.50 Uhr, kam ein Fahrradfahrer in Bendorf bei einem Selbstunfall zu Sturz. Der Mann war mit seinem Elektrofahrrad auf der Eschner Strasse in westliche Richtung unterwegs, «als er aufgrund seiner Alkoholisierung stürzte und sich diverse Verletzungen zuzog», schreibt die Landespolizei in der Presseaussendung abschliessend. (red/lpfl)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - redaktion@volksblatt.li. (red)



uusöd

UNSYMPATHISCH

DAS ISCHT AN GANZ AN UUSÖDA KÄRLI GSI.
(QUELLE: ANTON GERNER, ESCHEN)

Schattenbericht: Frauen kritisieren Stillstand bei der Gleichstellung

Hintergrund Neun Organisationen sehen erheblichen Handlungsbedarf bei der Gleichstellung von Frauen und Männern. Zwei Schattenberichte sollen deshalb den 5. Länderbericht der Regierung zur Umsetzung der Frauenrechte (CEDAW) ergänzen.

VON SILVIA BÖHLER

Es sind die bekannten Themen: Lohnungleichheit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Untervertretung von Frauen in politischen und gesellschaftlichen Gremien. Die Fortschritte in den vergangenen Jahren in Sachen Gleichstellung von Mann und Frau sind minimal, neun Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sprechen gar von einem Stillstand im Land. Als Gegenentwurf zum fünften Länderbericht der Regierung formulierten die NGOs deshalb zwei Schattenberichte und wollen so auf die Missstände der Gleichstellung aufmerksam machen. Gestern wurden die Berichte den Medien vorgestellt.

Land verpflichtet sich, aktiv zu sein

Liechtenstein hat als UNO-Mitglied zahlreiche Übereinkommen ratifiziert, so auch die UNO-Frauenrechtskonvention (CEDAW). Damit verpflichtet sich das Land, alle vier Jahre schriftlich über die Fortschritte der Gleichstellung von Frauen und Männern zu berichten. Anfang des Jahres wurde der fünfte Länderbericht beim zuständigen UNO-Ausschuss in Genf eingereicht, eine Delegation wird ihn am 5. Juli vorstellen. Auch die Zivilgesellschaft wird regelmässig eingeladen, ihre Sichtweise der Situation in sogenannten Schattenberichten darzulegen. Dieser Aufforderung sind heuer neun NGOs des Landes gefolgt. Deren Kritikpunkte sind umfassend, weshalb



Mutige Frauen von neun NGOs setzen sich für die Gleichstellung von Frauen ein. (Foto: Michael Zanghellini)

gleich zwei Schattenberichte verfasst und eingereicht wurden.

Grosser Handlungsbedarf

Nur wenig konkrete Massnahmen wurden umgesetzt, wenige entsprechen den Empfehlungen des letzten CEDAW-Berichts. Oft werden Massnahmen federführend von NGOs oder ausländischen Organisationen durchgeführt oder finden einmalig statt. Der mittlerweile eingesetzte Fachbereich Chancengleichheit beim Amt für Soziale Dienste verfüge über zu wenig Stellenprozent, die Mitarbeitenden hätten kaum Einfluss und Gestaltungsspielraum. Auch seien die finanziellen Mittel mit 30 000

Franken pro Jahr begrenzt. Mit den gegebenen Rahmenbedingungen kann der Fachbereich Chancengleichheit die definierten behördlichen Aufgaben nicht wirksam erfüllen. Es fehlt eine übergeordnete Strategie und ein Monitoring, welches

die Umsetzung von Massnahmen einfordert beziehungsweise die Wirksamkeit der Ziele überprüft. Es fehlt ein klares Bekenntnis der Regierung zur Gleichstellung von Mann und Frau und der Staat werde seiner Vorreiterrolle nicht gerecht.

SCHATTENBERICHTE

Schattenbericht des Vereins für Menschenrechte: Verein für Menschenrechte in Liechtenstein, Liechtensteiner Behinderten-Verband, Kommission für Gender und Diversity an der Universität Liechtenstein.

Schattenbericht des Frauennetzes: Frauennetz, Verein Hoi Quote, Infra, Frauenhaus, Verein Frauen in guter Verfassung, Sektion Frauen des Liechtensteiner Arbeitnehmerverbandes (LANV).

Bereiche mit Handlungsbedarf

Frauen in Gremien

Bereits im letzten Bericht wurde darauf hingewiesen, dass verbindliche Massnahmen benötigt werden, damit Frauen paritätisch in politischen Gremien vertreten sind. «In den vergangenen vier Jahren ist allerdings nicht viel passiert», bedauert Christine Schädler als Vertreterin des Frauennetzes. Es brauche deshalb politische und gesellschaftliche Massnahmen, etwa die Einführung von Quoten oder eine frauenfördernde Parteienfinanzierung.

Rollenbilder

Laut den Verfasserinnen der Schattenberichte fehlt es an Massnahmen, die traditionell verankerte Rollenbilder aufbrechen. Das führe dazu, dass junge Frauen nach wie vor in typischen Frauenberufen tätig sind und die Berufswelt immer noch in Frauen- und Männerberufe unterteilt sei. Weitere Folgen sind die Lohnungleichheit und schlechtere Aufstiegschancen für Frauen. «Damit wir hier einen Schritt weiterkommen, benötigen wir Rahmenbedingungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen», ist Infra-Geschäftsführerin Petra Eichele überzeugt.

Ausserdem sei eine Sensibilisierung beider Geschlechter wichtig.

Lohnungleichheit

Trotz des Gleichstellungsgesetzes hat sich die Lohnungleichheit in den vergangenen Jahren nur minimal verändert. Frauen verdienen durchschnittlich 16,5 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Knapp 7 Prozent sind nicht mit objektiven Merkmalen erklärbar. «Bereits, wenn eine junge Frau ihre Stelle antritt, verdient sie 7 Prozent weniger», erklärt Martina Haas, stellvertretende Geschäftsführerin des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV). Die Ungleichheit zieht sich bis ins hohe Rentenalter und hat Konsequenzen. Aufgrund des wirtschaftlichen Zwangs würden sich Paare immer wieder für das traditionelle Familienmodell entscheiden. Die Regierung habe zwar einzelne Projekte unterstützt, aktiv hat sie sich der Lohnungleichheit aber nicht angenommen.

Familie und Beruf

Junge Frauen in Liechtenstein haben, bis sie in die Familienphase kommen, kaum das Gefühl, (beruflich) benachteiligt zu werden. Nach der Geburt des ersten Kindes kann

sich diese Situation aber ändern. Für Arbeitnehmerinnen besteht kaum die Möglichkeit, das Arbeitspensum zu reduzieren, Teilzeitstellen für Männer sind in der Gesellschaft wenig akzeptiert. Martina Haas fordert deshalb die Förderung von flexiblen Arbeitsverhältnissen. Damit hätten Frauen und Männer die Möglichkeit, Verantwortung in der Betreuung oder Pflege zu übernehmen. Als zentralen Punkt erachtet Haas die Einführung eines bezahlten Elternurlaubes. Dringenden Handlungsbedarf sieht sie auch bei Arbeitnehmenden in der Hauswirtschaft und Pflege. Sie sind nicht dem liechtensteinischen Arbeitsgesetz unterstellt und arbeiten oftmals ohne rechtlichen Schutz im Land.

Gewalt an Frauen

Jasmine Andres-Meier, Leiterin des Frauenhauses Liechtenstein, macht darauf aufmerksam, dass Liechtenstein die Istanbul-Konvention noch nicht ratifiziert hat. Ausserdem sollten ihrer Meinung nach die Gründe für die Abnahme der Wegweisverfügungen beziehungsweise Betretungsverbote bei häuslicher Gewalt durch die Polizei systematisch untersucht werden. Auch die Themen sexuelle Belästigung und Mob-

bing sollten betreffend Schutzbedarf genauer untersucht werden.

Frauen mit Behinderung

Frauen mit Behinderung sind einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt. «Sie erleben häufig sexualisierte Gewalt in ihrem Leben. Dies haben diverse Berichte aus umliegenden Ländern bestätigt», sagt Julia Kerber, vom Liechtensteinischen Behinderten-Verband. Um konkrete Aussagen über die Lage von Frauen mit Behinderungen machen zu können, wären allerdings statistische Daten notwendig, die hierzulande fehlen. Es wird empfohlen, vermehrt Studien zum Thema durchzuführen. Auch Untersuchungen, ob eine Diskriminierung von Frauen mit Behinderung vorliegt, sind empfehlenswert.

Bildung

Die Kommission für Gender und Diversity der Uni Liechtenstein stellt mit Besorgnis fest, dass es nach wie vor keine nationale Gleichstellungsstrategie sowie eine adäquate Finanzierung diesbezüglich für den Hochschulbereich gibt. Als Folge dessen ist der Anteil von Professorinnen an der Uni Liechtenstein gering, im Rektorat ist keine Frau vertreten.

Gemeinde Vaduz erzielte einen kräftigen Überschuss

Bilanz Der Vaduzer Gemeinderat hat die Jahresrechnung der Gemeinde Vaduz einstimmig angenommen, die noch besser ausfällt, als erwartet worden war.

Die Jahresrechnung 2017 der Gemeinde Vaduz schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 38,1 Mio. Franken ab und fällt erneut besser aus als budgetiert. Dies geht aus dem Gemeinderatsprotokoll hervor. Als Grund wird die gute wirtschaftliche Entwicklung ins Feld geführt, die zu höheren Erträgen geführt habe. «Sehr erfreulich dabei ist, dass das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit einen Gewinn von 25,2 Mio. Franken ausweist», heisst es im Protokoll. Im

Vergleich zum Voranschlag sei dies auf deutliche Mehreinnahmen bei den Steuern sowie auf Budgetüberschreitungen bei der Aufwandseite zurückzuführen. Erstmals seien die Auswirkungen des neuen Gemeindefinanzhaushaltsgesetzes, welche tiefere Abschreibungen auf den Anlagen des Finanz- und Verwaltungsvermögens vorsehen, zu spüren gewesen. Auch das Finanzergebnis falle mit 12,9 Mio. Franken wesentlich besser aus als budgetiert. Dies sei insbesondere auf die positiven Marktentwicklungen bzw. die gute Performance des Finanzvermögens zurückzuführen. Ebenfalls massgebend hierzu sei der erstmalig gesetzlich geforderte Ausweis der nicht realisierten Markt- und Devisengewinne (14,6 Mio. Franken). Ausgehend vom Ergebnis der Erfolgsrechnung

ergebe sich, unter Berücksichtigung der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf das Verwaltungsvermögen sowie auf die Neubewertung der Liegenschaften über die Neubewertungsreserve, eine Mittelzunahme von 47,2 Mio. Franken.

Gemeinde sieht sich auf Kurs

Zu den im Gemeinderatsprotokoll aufgeführten wichtigsten Feststellungen gehört, dass die gute konjunkturelle Entwicklung im Vergleich zum Voranschlag zu Mehreinnahmen bei den Steuern (+2,2 Mio. Franken) gehört habe. Darüber hinaus habe die solide Haushaltspolitik Budgetüberschreitungen auf der Aufwandseite ergeben. Konkret sei der Aufwand aus Geschäftstätigkeit um 5,3 Mio. Franken unter dem Budget gehalten worden. Ausserdem ha-

be sich aufgrund von höheren Steuereinnahmen und Budgetüberschreitungen auf der Aufwandseite sich bereits aus der betrieblichen Tätigkeit ein positives Ergebnis von 25,2 Mio. Franken ergeben. Die extern verwalteten Vermögen erzielten bei einer Anlagerendite von rund 4,27 Prozent einen Nettoertrag von 13,0 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen über 22,5 Mio. Franken entsprächen einer erfreulichen Umsetzungsquote von 95 Prozent. Für die Gesamtrechnung ergebe sich eine Mittelzunahme von 47,2 Mio. Franken. «Sehr erfreulich ist ebenfalls, dass die Aufwandseite stabil gehalten und so erneut ein hoher Gewinn aus der betrieblichen Tätigkeit (66 Prozent des Ertragsüberschusses) erzielt werden konnte», heisst es im Protokoll weiter. Bei einer positiven Konjunktur-

entwicklung könne für den Gemeindehaushalt durchaus optimistisch in die Zukunft geblickt werden.

Finanzergebnis hervorgehoben

«Nicht ausser Acht gelassen werden darf hingegen, dass das Ergebnis des Berichtjahres (analog demjenigen des Landes) durch das positive Finanzergebnis geprägt wurde. Ein Ergebnis aus dem extern verwalteten Vermögen kann je nach zukünftigen Entwicklungen an den Finanzmärkten auch einmal weniger positiv oder sogar negativ ausfallen.» Die Finanzplanung für die Jahre 2019-2021 enthält laut Protokoll jeweils Bruttoinvestitionen von rund 20 Mio. Franken. «Es gilt auch für die Gemeinde Vaduz primär das Wachstum des betrieblichen Aufwands unter Kontrolle zu halten.» (hf)